

A1 EU-Beitrittsgespräche mit der Türkei - Endlich echte Chancen für Demokratie, Menschenrechte und europäische Integration eröffnen anstatt nun Rechtspopulisten nachzugeben

Antragsteller*in: Jan Schierkolk

1 Den gegenwärtig in manchen EU-Mitgliedsstaaten und Parteien öffentlich
2 diskutierten Abbruch, oder auch ein sog. Einfrieren der EU-Beitrittsgespräche
3 mit der Türkei, lehnen wir entschieden ab. Ja, die Idee einer türkischen EU-
4 Mitgliedschaft ist derzeit unpopulär wie wohl nie zuvor. Und in der Tat, die
5 Bedingungen für Fortschritte in den Verhandlungen sind momentan denkbar
6 ungünstig. Das hat mit der innenpolitischen Situation in der Türkei zu tun, aber
7 auch mit fehlenden Reform-Anreizen und großer Enttäuschung, weil vor Ort längst
8 niemand mehr daran glaubt, dass das Land je eine faire Beitrittschance hatte.
9 Nicht zuletzt aufgrund des Beitrittsprozesses hatte die Türkei aber (inkl. unter
10 AKP-Regierungen) in der Vergangenheit große Anstrengungen unternommen. Er ist
11 nach wie vor der Referenzrahmen für Dialog und – wo nötig – Kritik. Ihn
12 einseitig aufzukündigen hieße, ausgerechnet die progressiven Kräfte des Landes
13 im Stich zu lassen. Gerade deshalb müssen die wahrscheinlich noch lange
14 dauernden Verhandlungen endlich ehrlich, solidarisch und - ausdrücklich ohne
15 Abstriche bei den rechtsstaatlich-demokratischen Anforderungen einer EU-
16 Mitgliedschaft - mit wirklich offenem Ergebnis geführt werden.

17 Vorweg: Die EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei stehen derzeit unter keinem
18 guten Stern. Nicht erst seit dem gescheiterten Putschversuch vom 15.7.2016 in
19 der Türkei beobachten viele Menschen in Europa die Situation vor Ort mit großer
20 Sorge. Der einstige Reformwille der türkischen Regierung in Sachen Rechtsstaat,
21 Demokratie und Menschenrechten scheint schon lange nachgelassen zu haben.
22 Präsident Erdoğan verfolgt das Ziel, sein Amt mit immer mehr Macht auszustatten.
23 Die Presse erlebt Einschränkungen und Repressionen. Ethnische und sonstige
24 Minderheiten sehen sich unter Druck. Der Friedensprozess mit den Kurden ist
25 einer dramatischen Re-Eskalation des Konfliktes gewichen. Gewählte Abgeordnete
26 wurden der Verbindungen zu Terrorismus bezichtigt und ihre Immunität aufgehoben.
27 Seit dem Putschversuch werden zudem in vielen staatlichen Institutionen bereits
28 zehntausende vermeintliche UnterstützerInnen der Gülen-Bewegung entlassen
29 und/oder verhaftet. Dabei wird auch im großen Stil gegen sonstige
30 regierungskritische Stimmen, BeamtenInnen, AkademikerInnen, etc., vorgegangen. Des
31 Weiteren wird nun offen mit der Wiedereinführung der Todesstrafe geliebäugelt,
32 die 2002, nicht zuletzt mit Blick auf den EU-Beitrittsprozess, erst abgeschafft
33 wurde. Der gescheiterte Putschversuch wurde von Erdoğan selbst gar als
34 Gelegenheit, staatliche Institutionen noch mehr auf seine Linie zu bringen,
35 begrüßt. All dies hat eine Annäherung seitens Europas verständlicherweise
36 erschwert.

37 Wenn wir einen Dialog führen und Konflikte lösen wollen, müssen wir jedoch auch
38 die Perspektive unseres Gegenübers sehen: Auf türkischer Seite herrscht auch
39 außerhalb regierungstreuer Kreise ein großes Befremden über mangelnde Ausdrücke
40 der Solidarität mit der Türkei während und direkt nach den für viele
41 traumatischen Erfahrungen des Putschversuches, samt vieler Unschuldiger Opfer,
42 sowie u.a. der Bombardierung des Parlaments. Dieser Eindruck fügt sich leider
43 nahtlos ein in die weit verbreitete Wahrnehmung, als Land für Europa oder den
44 Westen insgesamt bestenfalls eine Partnerin zweiter Klasse zu sein. Diese
45 Einschätzung speist sich nicht zuletzt auch aus einem ungewöhnlichen und aus
46 Sicht der Türkei unverdient langen und komplizierten EU-Beitrittsverfahren:

47 Die Türkei, schon seit 1949 Mitglied des Europarates und seit 1952 der NATO, ist
48 nach einer offiziellen Beitrittsbewerbung zur Europäischen
49 Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) 1959 bereits seit 1963 mit dem Vorläufer der EU
50 vertraglich assoziiert. 1987 folgte das offizielle Beitrittsgesuch zur
51 Europäischen Gemeinschaft (EG), obwohl die für davor versprochene Visumsfreiheit
52 für türkische StaatsbürgerInnen in die damalige EWU, maßgeblich durch die
53 Regierung Kohl, wieder einkassiert wurde (es sollte nicht das letzte Mal sein).
54 Der Beitritts-Antrag wurde 1989 abgelehnt. 1996 trat die Türkei als Schritt in
55 Richtung EU-Beitritt als erstes Land schon vor einer Mitgliedschaft der
56 Zollunion bei, was seither für das Land bedeutet, z.B. zahlreiche Einfuhr-
57 Regelungen übernehmen zu müssen, ohne in Brüssel über sie mitbestimmen zu
58 können, und tlw. ohne umgekehrt EU-Einfuhrprivilegien in Drittländern zu
59 genießen. Mit steigendem Abstand zum türkischen Militärputsch von 1980, und
60 nicht zuletzt der Unterstützung der damaligen rot-grünen Bundesregierung, wurde
61 der Türkei 1999 offiziell der Status der EU-Beitrittskandidatin zugesprochen.

62 Auch in den darauffolgenden Jahren wurden (u.a. auch unter der seit 2002
63 regierenden AKP) mit Blick auf den EU-Beitrittsprozess wichtige Reform-
64 Fortschritte erzielt: Z.B. wurden die Frauenrechte im Zivilrecht gestärkt, die
65 Todesstrafe wurde abgeschafft, Folter verboten, die Versammlungs- und
66 Demonstrationsfreiheit gestärkt, dem UN-Friedensplan für Zypern zugestimmt (was
67 die EU nicht davon abgehalten hat, vorschnell nur seine griechische Hälfte als
68 Mitglied aufzunehmen), der Gebrauch der kurdischen Sprache legalisiert bzw.
69 gefördert, und das Strafrecht reformiert - auch wenn bei der praktischen
70 Umsetzung vieler dieser Vorhaben, z.B. im Bereich der Minderheitenrechte, noch
71 Hürden zu nehmen waren. Erst seit 2005, d.h. 46 Jahre nach dem Beitrittsantrag
72 in die EWG, und nach der letzten großen EU-Erweiterungsrunde, wird jedoch
73 überhaupt offiziell verhandelt. Und dabei musste die Türkei neben den von Ihr
74 selbst zu erfüllenden Beitrittskriterien auch eine bis dato einmalige,
75 zusätzliche „Prüfung der wirtschaftlichen und politischen Aufnahmefähigkeit“ der
76 EU, und somit höhere Hürden als jede andere Beitrittskandidatin, akzeptieren.

77 Der Beitritt, und auch die für ihn nötigen und in den folgenden Jahren weiter
78 verfolgten Veränderungen, genossen in der Türkei seinerzeit trotz dieser
79 widrigen Bedingungen laut Umfragen meist hohe öffentliche Unterstützung - was
80 sich jedoch zunehmend änderte, als führende konservative europäische
81 PolitikerInnen (allen voran Sarkozy und Merkel) mit zunehmendem Fortschritt der
82 Gespräche immer aggressiver (teils in der Tat noch vorhandene) Mängel anstatt
83 Fortschritten hervorhoben. Sie unterminierten einen EU-Beitritt der Türkei
84 systematisch, z.B. indem sie vermeintliche geographische EU-Mitgliedschafts-
85 Kriterien ins Spiel brachten, die Idee eines großen, überwiegend muslimischen
86 EU-Mitgliedslandes mehr oder minder offen in Frage stellten, die Angelegenheit
87 zum Wahlkampf-Thema machten, und statt eines Beitritts bestenfalls noch von
88 undefinierten Alternativen wie der sog. "privilegierten Partnerschaft" sprachen.
89 Währenddessen wurde mit anderen EU-BeitrittskandidatInnen, die in der
90 Wahrnehmung vieler TürkinInnen an ihrem Land „vorbeizogen“ und Mitglied wurden,
91 oder auch mit nicht-Mitgliedern auf dem Balkan, die mittlerweile Visumsfreiheit
92 erhielten, vergleichsweise nachsichtig umgegangen.

93 All dies wurde in der Türkei (wie auch unter türkischstämmigen Menschen
94 hierzulande) sehr genau registriert. Es schien die lange gehegte Sorge weiter zu
95 bestätigen, eigentlich von vorneherein keine Chance auf einen EU-Beitritt zu
96 haben, was in der Folge die Zustimmungswerte für letzteren dramatisch sinken

97 ließ. Auch die Reform-Anstrengungen der AKP-Regierungen ließen nun Schritt für
98 Schritt nach, oder kehrten sich seither tlw. ins Gegenteil. Auf Europa muss
99 Präsident Erdoğan dabei immer weniger Rücksicht nehmen. Grund dafür ist nicht
100 nur die Tatsache, dass die EU sich zuletzt aus Unvermögen, eine mit ihren
101 eigenen proklamierten Werten konforme und solidarische Flüchtlingspolitik zu
102 verfolgen, von ihm abhängig gemacht hat. Es ist auch, und vor allem schon
103 länger, dass der öffentliche Glaube an eine Chance auf EU-Beitritt, und somit
104 ein mächtiges Argument für Reformen, angesichts fortlaufender Enttäuschungen und
105 der Wahrnehmung einer ungerechten Behandlung durch Brüssel, schlicht
106 abhandengekommen scheint.

107 Jüngste Äußerungen konservativer Europäischer PolitikerInnen, z.B. aus der
108 traditionell Türkei-skeptischen österreichischen Regierung, man müsse den
109 Beitrittsprozess nun abbrechen, wirken wie eine weitere Bestätigung dieser
110 Wahrnehmung. Im Ergebnis scheinen sich BeitrittsgegnerInnen in Europa und
111 autoritäre Kräfte in der Türkei darin eingerichtet zu haben, den Mangel an
112 Fortschritt in den Verhandlungen, jeweils allein der anderen Seite in die Schuhe
113 zu schieben. Das Ergebnis ist vorhersehbarer Stillstand bzw. für die türkische
114 wie auch europäische Gesellschaft(en) gefährlicher Rückschritt: Die türkische
115 Führung wird zunehmend unzugänglich für Kritik und koppelt das Land ab, zum Leid
116 gerade der vor Ort durchaus vorhandenen progressiven Bewegungen. Unterdessen
117 können in der EU erstarkende rechtspopulistische Kräfte mit der Auffassung, der
118 Islam gehöre nicht zu Europa, sich aus dem reichen Fundus der im Fall Türkei
119 jahrelang durch Sarkozy, Merkel & Co. Raum gegebenen Schein-Argumente bedienen.
120 Letztere drohen dabei von den pöbelnden Neulingen auch noch den Rang abgelassen
121 zu kriegen, weil sie sich um den Flüchtlingspakt zu wahren auch mit berechtigter
122 Kritik an der türkischen Regierung zurückhalten. Hierbei droht uns allen ein
123 Teufelskreis, in dem sich Reaktionäre auf beide Seiten, letztlich auf Kosten der
124 Demokratie in der Türkei wie in Europa, jeweils mit internen Widersachern
125 überbieten und gegenseitig bestätigen.

126 Mit seiner Haltung ggü. Der Türkei bringt sich Europa schon lange in
127 Zwickmühlen, deren Ausgang meist nur die weitere Schwächung eigener
128 demokratischer Werte, Verstimmung in der Türkei, und letztlich oft sogar beides
129 bedeuten können. Ein sehr gutes Beispiel dafür ist neben dem Flüchtlingsabkommen
130 selbst auch die Frage der Visafreiheit, die Präsident Erdoğan heute mit dem
131 Bestand des Abkommens, und morgen evtl. mit derzeit inhaltlich völlig
132 ungerechtfertigten Fortschritten im Beitrittsprozess verbinden könnte. Die
133 türkische Öffentlichkeit weiß er dabei hinter sich: Das Versprechen der
134 Visafreiheit wurde ihr ggü. von Europa in all den Jahren schon so oft gemacht
135 und wieder einkassiert (während sie umgekehrt schon lange für EU-BürgerInnen in
136 der Türkei gilt), dass sie selbst gegen das sehr handfeste Auftreten Erdoğan zu
137 ihrer Erreichung nun wenig einzuwenden haben dürfte. Das Dilemma: Hätte er zu
138 seinen Bedingungen Erfolg in dieser Frage, so wäre dies ein fatales Signal - Die
139 Visumsfreiheit selbst aber, und damit die Förderung des Austausches zwischen der
140 Türkei und Europa, wäre sowohl gesellschaftlich wie auch wirtschaftlich schon
141 lange ein wichtiges und dringend benötigtes Instrument der Annäherung gewesen.
142 Nun ist sie zum symbolisch aufgeladenen Zankapfel geworden, der den Menschen in
143 der Türkei entweder wie seit Jahrzehnten weiter vorenthalten wird, oder, falls
144 durchgesetzt, vom starken Mann Erdoğan als große Trophäe und Bestätigung seines
145 unnachgiebigen Kurses verkauft werden wird.

146 Kritik an türkischer Regierungspolitik ist möglich, und derzeit auch sehr nötig.
147 Jedoch ist die Wahrscheinlichkeit, dass sie zu positivem Wandel beiträgt,
148 anstatt kontraproduktiv nur Spannungen zu erhöhen viel höher, wenn die Menschen
149 in der Türkei den Eindruck haben, dass Europa dabei wirklich an ihnen, an
150 Ausgewogenheit, sowie an ihren eigenen, oft proklamierten demokratischen Werten
151 gelegen ist. Daher sollten wir auch mit eigenen, europäischen Verfehlungen offen
152 umgehen, sowie auch im eigenen Interesse alles tun, endlich echte,
153 ergebnisoffene Gespräche zu führen. Die Türkei ist eines der wichtigsten
154 Nachbarländer der EU, mit zahlreichen Verbindungen, wirtschaftlich und
155 kulturell, und nicht zuletzt über all die Menschen mit türkischen Wurzeln, die
156 auch in Deutschland leben. Konflikte in der Türkei werden zwangsläufig auch
157 immer uns nahe sein, weshalb wir ein großes eigenes Interesse an einer
158 demokratischen, rechtsstaatlichen Stabilisierung des Landes, wie sie ein
159 glaubhafter Beitrittsprozess befördert, haben.

160 Wir bilden uns zwar nicht ein, dass allein die Haltung der EU über den Zustand
161 der türkischen Demokratie entscheidet - jedoch kann sie stets ein wichtiger
162 Faktor sein. Denn ebenso gefährlich wie die Illusion dass die Türkei in ihrem
163 aktuellen Zustand schon demnächst EU-Mitglied werden kann, ist die Illusion dass
164 EU-Verhalten an den Entwicklungen vor Ort in den letzten Jahren völlig
165 unschuldig ist, bzw. dass der Türkei bisher ein fairer und komplett offener
166 Verhandlungsprozess zugestanden wurde. Deshalb: Stehen wir trotz des erwartbaren
167 Gegenwindes dafür ein, letzteren endlich wirklich zu wagen, bevor es zu spät
168 ist. Dies kann nicht annähernd so schädlich sein wie das aktuelle Abrutschen in
169 einen türkisch-europäischen Dauerkonflikt fortzusetzen, der auf beiden Seiten
170 nur die Rechtspopulisten stärkt. Selbst ein letztliches Scheitern der Gespräche
171 wäre nach einem ausdauernden, fairen und echten Versuch besser als unter
172 aktuellen Bedingungen: Wenn Präsident Erdoğan und die AKP, oder eine andere
173 türkische Regierung, auch für eine wirklich glaubwürdige und faire
174 Beitrittsperspektive nicht bereit sind die Bedingungen zu erfüllen, so sollen
175 sie dies wenigstens vor den Törkinnen und Törken selbst rechtfertigen müssen
176 anstatt weiter die Schuld auf ein unaufrichtiges oder gar fremdenfeindliches
177 Europa schieben zu können.

178 Gerade aus Solidarität mit der Türkei wollen wir – im Ton verständnisvoller für
179 ihre Erfahrungen, in der Sache aber klar - eben keine Abstriche bei den
180 demokratie- und menschenrechtsbezogenen Beitrittskriterien machen. Wenn es bei
181 den Verhandlungen keine Fortschritte gibt, gibt es keine Fortschritte. Dafür
182 muss man aber auch nicht offiziell Gespräche „aussetzen“ oder „einfrieren“. Vor
183 dem Hintergrund der aktuellen türkisch-europäischen Spannungen könnte eine
184 solche, ohnehin eher symbolische Geste leicht eine Dynamik in Gang setzen, die
185 Gräben vertieft und weitere Brüche nahelegen würde. In solch einem Klima wäre es
186 auch hierzulande kaum möglich, ausreichend Unterstützung für eine Wiederaufnahme
187 einmal abgebrochener Verhandlungen zu erhalten. Die Prophezeiung der Zweifler an
188 der Integration eines mehrheitlich muslimischen Landes in unser großes
189 europäisches Friedensprojekt könnte sich so vollends selbst erfüllen. Dies, und
190 all seine schrecklichen Implikationen für die Türkei, wie auch für den Charakter
191 der Europäischen Union und unser Zusammenleben in Deutschland, zu verhindern,
192 sehen wir zusammen mit unseren Freundinnen und Freunden vor Ort als unsere
193 große, gemeinsame Aufgabe. Packen wir sie an.